

711 der Beilagen zu den Stenographischen Protoköllen des Nationalrates XVII. GP

Bericht des Finanzausschusses

über die Regierungsvorlage (663 der Beilagen): Bundesgesetz über die Veräußerung des Bundesanteiles in Höhe von 50% an der Österreichischen Sprengmittel Vertriebsgesellschaft m. b. H.

Mit dem gegenständlichen Gesetzentwurf soll der Bundesminister für Finanzen ermächtigt werden, die Beteiligung des Bundes in der Höhe von 50% am Stammkapital der Österreichischen Sprengmittel Vertriebsgesellschaft m. b. H. (ÖSVG) zu veräußern.

Die ebenfalls mit der Hälfte an der ÖSVG beteiligte Dynamit Nobel Wien Ges. m. b. H. hat im Hinblick auf das im Gesellschaftsvertrag der ÖSVG statuierte Vorverkaufsrecht ein Kaufanbot an den Bund gestellt.

Das bisherige Stammkapital in Höhe von 45 Millionen Schilling wird vor dem Verkauf um 20 Millionen Schilling herabgesetzt.

Der verbleibende Bundesanteil in Höhe von 12,5 Millionen Schilling soll laut Anbot um 30 Millionen Schilling an die Dynamit Nobel Wien Ges. m. b. H. veräußert werden.

Der Bund erhält daher aus der Veräußerung insgesamt 40 Millionen Schilling; laut gutachtlicher Feststellung beträgt der Unternehmenswert des 50%igen Bundesanteiles an der ÖSVG 38,9 Millionen Schilling.

Nach der Rechtsauffassung des Bundeskanzleramtes — Verfassungsdienst unterliegen die Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht dem Einspruchsrecht des Bundesrates.

Der Finanzausschuß hat den gegenständlichen Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 20. September 1988 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (663 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1988 09 20

Dr. Frizberg
Berichtersteller

Dr. Nowotny
Obmann